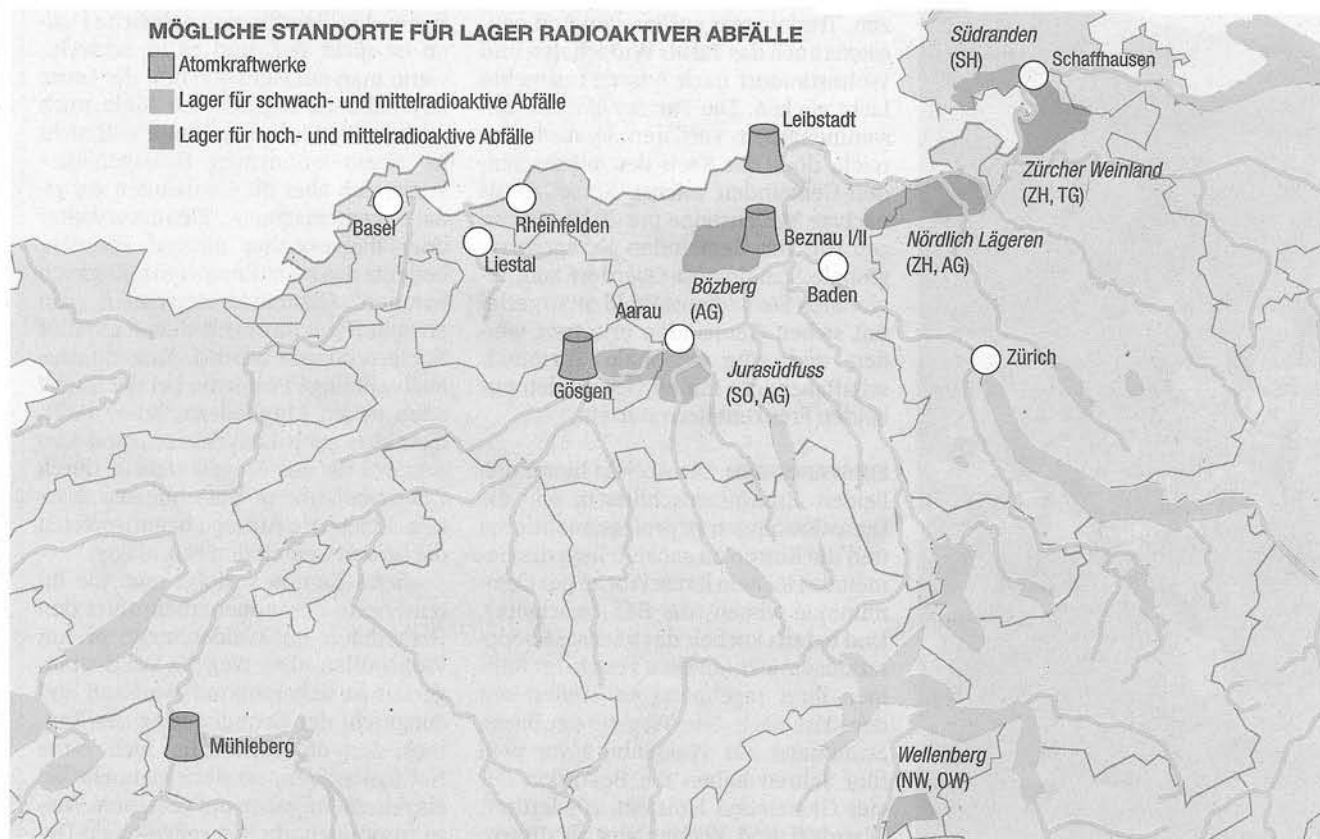


Deutsche beobachten Endlagersuche scharf

Im Landkreis Waldshut wird weit heftiger diskutiert als in den Gemeinden rund um den Bözberg



Grenznahe. Vier der sechs möglichen Standorte für ein Tiefenlager liegen nahe bei Deutschland. Grafik BaZ/Rebekka Heeb

FRANZISKA LAUR

Die deutschen Nachbarn verfolgen besorgt, wie die Schweiz auf der Suche nach einem Endlagerstandort für die radioaktiven Abfälle ist. Mehrere deutsche Gemeinden haben eine Resolution verabschiedet und verlangen ein Mitspracherecht.

Während die Schweizer entspannt abwarten, wie sich die Suche nach einem Endlagerstandort für atomare Abfälle entwickelt, sind die badischen Nachbarn bereits sensibilisiert. Der Landkreis Waldshut hat für seine Bürger eine Homepage zum Thema der Endlagersuche in der Schweiz aufgeschaltet sowie eine Expertengruppe «Schweizer-Tiefenlager» (ESchT) rekrutiert, und diese wird emsig mit besorgten Fragen eingedeckt.

«Ja, wir verfolgen das Geschehen in der Schweiz aufmerksam», sagt Jörg Gantzer, stellvertretender Landrat des Landkreises Waldshut. «Der Perimeter der Betroffenheit reicht bis zu uns.» Die Gemeinden Bad Säckingen, Murg, Albrück und Laufenburg haben daher zusammen eine Resolution verabschiedet. Darin fordern sie, dass sie bezüglich

Endlagerstandort Bözberg mitreden können. «Wir wollen von der ersten Untersuchungsetappe an mitsprechen», sagt Ulrich Krieger, Bürgermeister der Stadt Laufenburg, mit 26 Jahren der jüngste seines Amtes in Baden-Württemberg. Schliesslich würden heute die Eckpunkte für das Verfahren in der Zukunft festgelegt, sagt Krieger. «Dieses Endlager wird uns Jahrtausende beschäftigen. Als gute Nachbarn müssen wir da einfach miteinander sprechen.»

SCHWEIZER WARTEN AB. Die Deutschen sind bezüglich Mobilmachung viel weiter als die Schweizer. Rund um den Bözberg haben sich lediglich die Gemeinden Zeihen, Elfingen und Effingen zum offenen Widerstand gegen ein Endlager und zu kritischen Fragen entschieden. Andere betroffene Gemeinden und Institutionen warten ab oder bekunden gar Sympathie für die Endlagerpläne. «Die Deutschen haben natürlich nichts zu verlieren», sagt Andi Thommen, Vorstandsmitglied der Grünen Aargau und wohnhaft in Effingen, dazu. Auch die Grünen würden sich allerdings schon heute vor-

bereiten. Er möchte allerdings mit dem organisierten Widerstand warten, bis ein formelles Baugesuch für Probebohrungen eingereicht ist. «Erstens muss man die Details der Planung kennen, und zweitens ist es schwierig, die Leute so lange bei der Stange zu halten.»

Allerdings mutet auch ihn das Schweigen einzelner betroffener Institutionen seltsam an. So hat sich der Verein Pro Bözberg, der sich die Unversehrtheit des Bözbergs auf die Fahne geschrieben hat, nie gegen ein Endlager geäussert. Im Gegenteil. Die BaZ versuchte die Vorstandsmitglieder verschiedene Male zu einer dezidierten Stellungnahme zu bewegen.

Quintessenz: Die meisten Mitglieder würden eher Ja sagen zu einem Endlager als zum Kalkabbau am Bözberg, der auch im Gespräch ist. Unter dem Motto: Was die Gegend optisch nicht beeinträchtigt, kann nicht gar so schlimm sein. Doch da dürften sich die Mitglieder des Vereins Pro Bözberg täuschen. Die Bedenken der Deutschen kommen nicht von ungefähr. Die Erfahrung um das Atommüllager Asse in Niedersachsen hat sie sensibili-

siert. Obwohl Fachleute vor Jahren auf die Lagerung der radioaktiven Abfälle in den Salzlagerstätten schwören, gibt es heute ständig Probleme und Pannen.

VERSPRECHUNGEN. «Was in Asse ge-

schehen ist, ist auch bedeutungsvoll für die heutige Endlagersuche bei uns in der Schweiz», sagt Claudio Knüsli, Onkologe in Basel und Präsident der Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs. Zu Beginn herrsche grosse Euphorie, und es wür-

den viele Versprechungen gemacht, die nicht eingehalten werden könnten. Das Problem sei doch, dass selbst die Fachleute nicht sagen könnten, wie sich die geologischen Verhältnisse über Jahrtausende hinweg entwickeln.

«Wir pflegen eine enge Zusammenarbeit»

In Bern nimmt man die Ängste der deutschen Nachbarn vor einem Endlager für nukleare Abfälle ernst

INTERVIEW: FRANZISKA LAUR

Michael Aebersold ist Leiter der Sektion Entsorgung radioaktiver Abfälle beim Bundesamt für Energie (BFE). Er sagt, dass die Gemeinden auch über die Landesgrenze hinweg bei Fragen rund um das Endlager mitreden könnten.

BaZ: Herr Aebersold, haben Sie die Resolution der badischen Gemeinden erhalten?



MICHAEL AEBERSOLD: Aber natürlich. Diese hat bei uns grosse Diskussionen ausgelöst. Wir haben aber schon vor einiger Zeit diverse Gremien eingesetzt. So gibt es einen

politischen Ausschuss, in dem neben den Standortkantonen auch die benachbarten deutschen Landkreise, das Bundesland Baden-Württemberg und das zuständige Bundesministerium vertreten sind. Das Mitwirkungsrecht für deutsche Regionen hat Bundesrat Moritz Leuenberger übrigens auch im Mai in Berlin unterstrichen.

Wie werden die badischen Nachbarn denn nun ins Partizipationsverfahren einbezogen?

Den Aufbau der sogenannten regionalen Partizipation erfolgt schrittweise in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kantonen und unter Einbezug der deutschen Seite. Operativ tätig wird sie ab der zweiten Etappe, also ab Mitte 2011.

Was geschieht denn jetzt in der laufenden ersten Etappe?

Wir sind daran, die von der Nagra vorgeschlagenen sechs Standortgebiete nach sicherheitstechnischen Kriterien zu prüfen. 2011 entscheidet der Bundesrat, welche dieser Standorte in den Sachplan aufgenommen werden. In Etappe 2 werden diese vertieft untersucht, um so die Auswahl weiter einzuengen. Dabei sollen betroffene Gemeinden aus der Schweiz und Deutschland mitwirken können.

Ab 2011 führen Sie Studien zur raumplanerischen Beurteilung der Standortregionen durch. Dafür haben Sie Gemeinden aus den Kantonen Aargau und Baselland ausgesucht. Ein Hinweis, dass es dort ernst wird?

Für die Teststudie haben wir bewusst eine Region gewählt, welche aus geologischen Gründen zwar nicht für ein Tiefenlager in-

frage kommt, aber auch nicht völlig realitätsfremd ist. Einerseits liegt sie grenznah zu Deutschland und andererseits sind die Kantone Aargau und Baselland tatsächlich vom Auswahlverfahren betroffen. Wir erhoffen uns dadurch möglichst praxisnahe Erkenntnisse für das weitere Auswahlverfahren.

Der Perimeter der Betroffenheit liegt zurzeit im Umkreis von fünf Kilometern. Die Deutschen verlangen, dass man diesen ausdehnt.

Die Regeln für das Auswahlverfahren sind klar: Die Sicherheit hat oberste Priorität. Der Konzeptteil des Sachplans geologische Tiefenlager gibt aber auch vor, in welchem Perimeter die Oberflächenanlagen realistischerweise gebaut werden können und wie die betroffene Bevölkerung in den Prozess einbezogen wird. Dieser Perimeter legt nicht a priori fest, wer von den Auswirkungen eines geologischen Tiefenlagers betroffen ist. Wir gehen davon aus, dass trotz des fünf Kilometer weiten Perimeters auch angrenzende deutsche Gemeinden direkt ins weitere Verfahren einbezogen werden.